

Die ETA und das baskisch-spanische Labyrinth

"Das letzte Zucken einer Terrorbande" oder "Verhandlungen zwischen der nationalen Befreiungsarmee und der Besatzerregierung vor der Wiederaufnahme" könnten zwei Zeitungsüberschriften für ein und dasselbe Ereignis lauten und beide enthalten bei aller Realitätsferne ein Körnchen Wahrheit. Ende Januar bot die baskische ETA der sozialistischen Regierung Spaniens einen 60tagigen Waffenstillstand mit dem Ziel an, politische Verhandlungen über die Unabhängigkeit des Baskenlandes zu führen. Die Regierung zögerte angesichts dieser unerwarteten Kehrtwendung ihres erbittertsten Feindes. Der größte Teil des baskischen Volkes sieht in dieser Offerte einen Hoffnungsschimmer zur Befriedung der Region.

In diese Situation platzte nur einen Monat später die Entführung eines madrider Großindustriellen, für den die ETA - oder eine neuerliche Abspaltung, die sich so nennt - knapp 30 Mill. DM Lösegeld fordert. Gleichzeitig geht der polizeiliche Kampf gegen die ETA, welcher seit dem spanisch-französischen Abkommen zur gemeinsamen Terrorismusbekämpfung vor zwei Jahren beachtliche Erfolge aufweist, weiter. Er führte jüngst zur Zerschlagung der Schwesterorganisation im französischen Teil des Baskenlandes, zum "Selbstmord" eines ETA-Führers im Gefängnis von Ciudad Real und zu flächendeckenden Hausdurchsuchungen in einer madrider "Schlafstadt" mit 130.000 Einwohnern ohne richterliche Genehmigung. Die ETA erklärte in ihrem jüngsten Kommunique, daß bis zu einer definitiven Antwort der Regierung auf ihr Verhandlungsangebot "alle Fronten geöffnet bleiben". Die Anzahl offener Fragen und die Undurchsichtigkeit der Situation für Beobachter wie Beteiligte wurde durch diese Ereignisfolge nochmals gesteigert.

Der baskische Nationalismus

Der Nationalismus der Basken, des nach modernen Erkenntnissen ältesten europäischen Volkes, ist kaum 100 Jahre alt und begann mit dem Einmarsch der spanischen Armee in Bilbao im 11. Karlistenkrieg 1874. Der baskische Nationalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts entwickelte sich in doppelter Frontstellung: gegen den spanischen Zentralstaat und das mit diesem kollaborierende baskische Großbürgertum auf der einen und gegen die aufkommende Arbeiterbewegung, die mit Industrialisierung und einwandernden Arbeitskräften identifiziert wurde, auf der anderen Seite.

Die 11. Republik und der Bürgerkrieg in den 30er Jahren brachten eine Frontverschiebung insofern, im Baskenland die Arbeiterbewegung gemeinsam mit der katholischen Kirche und den nationalistischen Gruppen eine für Spanien einmali-

ge Front gegen die Franco-Truppen bildeten. Gleichzeitig entwickelte sich das Baskenland zur reichsten Industrieregion Spaniens.

Der Übergang zur Demokratie nach Francos Tod verlief im Baskenland anders als im übrigen Spanien. Die baskischen Häftlinge waren von der politischen Amnestie ausgeschlossen und bei Amnestiedemonstrationen wurden 1977 fünf Demonstranten erschossen. Bis heute meldet Amnesty International Folterungen und unaufgeklärte Häftlingstode aus den ETA-Trakten spanischer Gefangnisse. Die spanische Verfassung und das darauffolgende Autonomiestatut für das Baskenland wurden von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt. Innerhalb des Baskenlandes differenzierte sich das politische Spektrum, welches nach außen lange durch ein gemeinsames Feindbild und die nicht zu unterschätzenden kulturellen Ausdrucksformen (Sprache, Sport, Feste, Rituale. . .) zusammengehalten wurde, zu immer konfliktrichtigeren Gegensätzen aus. Dazu gesellte sich der ökonomische Niedergang der schwerindustrieprägten Region mit einer Dauerarbeitslosigkeit von über 20 %.

Die ETA

Euskadi ta Askatasuna (Baskenland und Freiheit) nannte sich 1959 eine kleine jesuitische Studentengruppe in Bilbao, die dem traditionalistisch-kleinbürgerlichen Nationalismus der Baskischen Nationalistischen Partei PNV (Partido Nacionalista Vasco) einen moderneren linken Nationalismus entgegensetzen wollte. Zu Beginn beschränkten sich die Aktivitäten wesentlich auf Flugblätter, Diskussionsgruppen, Beschädigungen francistischer Symbole u.a., bis 1967 die Strategie der nationalen Revolution unter Einschluß des bewaffneten Kampfes beschlossen wurde. Die Militarisierung der Organisation, die ihr Planungszentrum in den südfranzösischen Provinzen des Baskenlandes hatte, schritt rasch voran und begünstigte zusammen mit den Auswirkungen von '68 eine

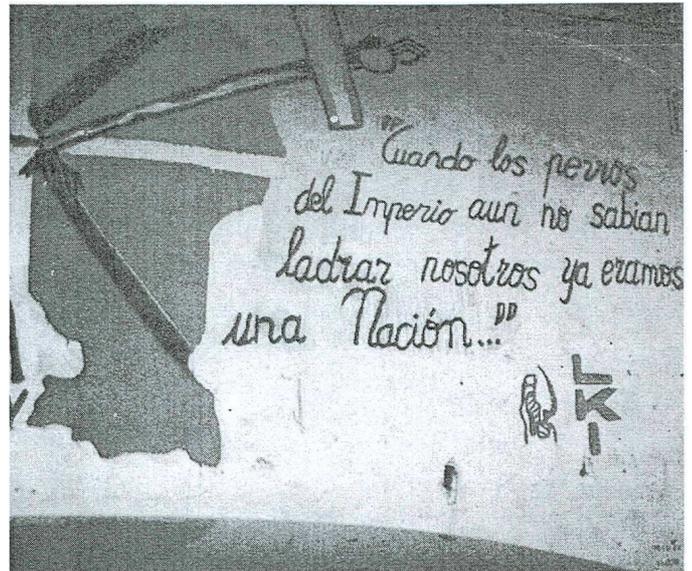
marxistisch-leninistische Orientierung. Damit begannen auch die ständigen Abspaltungen und Fraktionskämpfe.

Ungeachtet dessen stieg die Popularität in der Bevölkerung, wo man in der ETA endlich eine wirksame Waffe gegen das verhaßte madriider Regime sah. Nach Francos Tod wurde bald deutlich, daß die ETA keine Strategie für den Wandel der spanischen Gesellschaft zu einer westlichen Demokratie entwickeln konnte und sich immer mehr in eine Logik der Gewalt verstrickte. Zwar erarbeitete eine lose Verbindung linksnationalistischer Gruppen 1977 die sogenannte "Alternative KAS" (Koordinadora Abertzale Sozialista), deren wichtigste Forderungen totale Amnestie, Rückzug aller spanischen Militär- und Polizeikräfte, Autonomie des Baskenlandes und ökonomische Hilfsmaßnahmen sind und die bis heute von der ETA als Verhandlungsgrundlage propagiert wird, doch kam es nie zu einer politischen Konkretisierung und Umsetzung. Statt dessen spaltete sich die ETA in die ETA-Militar und die ETA-Politico-Militar. Letztere, in der sich die Mehrzahl der ersten ETA-Generation organisierte, entfernte sich immer mehr vom bewaffneten Kampf. Aus ihr ging die Partei Euskadiko Ezkerra (Baskische Linke) hervor, die heute 13 % der Wahlerstimmen erhält. Daneben bildete sich mit Herri Batasuna (Vereintes Volk) eine der ETA-Militar nahestehende Partei, die trotz weitgehenden Boykotts parlamentarischer Arbeit von 18 % der Basken gewählt wird. Die heutige ETA umfaßt somit vor allem Aktivisten der zweiten Generation, die, aufgewachsen im Untergrundkampf, kaum noch Verbindung zu den politisch-kulturellen Anfängen haben.

Ihre Aktionsformen reduzieren sich derzeit auf Industriellenentführungen und in geparkten Autos deponierte Bomben. Eine solche Autobombe tötete im vergangenen Jahr im Parkhaus eines Kaufhauses 21 Menschen. Der ETA-Terrorismus kostete in den vergangenen 12 Jahren ca. 600 Menschenleben, hauptsächlich Militärs und Polizisten, zunehmend aber auch Zivilisten. Dazu kommen 120 tote ETA Mitglieder. Man schätzt die Mitgliederzahl auf 900 - 1000, wovon über die Hälfte in spanischen Gefängnissen einsitzen.

Die ETA dient der spanischen Regierung seit Jahren als Vorwand, für den Ausbau eines autoritären Sicherheitsstaates mit einer die Bürgerrechte aushöhlenden Antiterrorgesetzgebung, umfassenden Fahndungs- und Überwachungsmethoden, polizeilichen Sondereinheiten etc. Gleichzeitig fanden aber entgegen aller Dementis seit 1976 ständig Verhandlungen zwischen der madriider, später auch der vitorianer (Vitoria ist Hauptstadt des spanischen Baskenlandes) Regierung und der ETA-Führung in Frankreich und zuletzt in Algerien statt. Die Abschiebung der

„Als die Hunde des Imperiums noch nicht einmal bellen konnten, waren wir schon eine Nation“



ETA-Führung von Frankreich nach Algerien scheint trotz aller offiziellen Angriffe auf die algerische Regierung ein mit der spanischen Regierung abgesprochenes Unternehmen, da die inoffiziellen Kontakte kontinuierlich weitergingen. Das Verhalten der Regierungen in Madrid und Vitoria ist von Beginn an zwiespältig und unglaubwürdig gewesen, oftmals eine unverständliche Ignoranz gegenüber der baskischen Problematik offenbarend.

Das aktuelle Labyrinth

Die auch in Spanien zunehmenden Polizeierfolge trieben die ETA zu immer verzweifelteren Terrorakten. Sie muß nun den Preis für den Realitätsverlust, für die Ignoranz gegenüber dem Demokratisierungsprozeß, der sich mit Verzögerung auch im Baskenland durchzusetzen beginnt, bezahlen. Mit der steigenden Legitimität von politischen Parteien und Parlament verlieren die ETA-Aktionen und Ideologien ihr Fundament. Das Anti-Gewalt-Abkommen zwischen allen spanischen und baskischen Parteien (Ausnahme: Herri Batasuna) vom Januar dieses Jahres, mit dem erstmals ein offizieller Keil in die baskische Front geschlagen wurde, ist ein politischer Ausdruck für die abbröckelnde Solidarität des Volkes mit der ETA.

Txomin Iturbe, der im vergangenen Jahr unter mysteriösen Umständen ums Leben gekommene legendäre ETA-Führer, schien die Gefahr der Isolierung und des politischen und sozialen Bedeutungsverlustes erkannt zu haben, als er schon einmal (wie erst kürzlich bekannt wurde) der Regierung Verhandlungen anbot und damit erstmals mit der ETA-Doktrin brach, allein mit dem spanischen Militär und nicht mit der Regierung verhandeln zu wollen. Viele seiner Mitstreiter ziehen aber die Fortsetzung der Gewaltaktionen, mit denen sie

aufgewachsen sind, vor. Einiges spricht dafür, daß sie nicht unschuldig an Txomin's Tod sind, dessen Beerdigung zur letzten großen Massendemonstration für den inzwischen deformierten und verblaßten ETA-Kampf wurde. Die neuesten Bombenattentate auf Guardia Civil Kasernen und Gefängnisse torpedieren offensichtlich die Möglichkeit von Verhandlungen. Es scheint, als habe nach vielen Jahren der Gewalt und Guerilla-Romantik die Vernunft keinen Platz mehr und die Chance, mit dem Rest an antifranzösischer Reputation und sozialer Unterstützung noch einen politischen Ausgang statt einer Zersplitterung in viele kleine Terrorgrüppchen zu erreichen, würde zum Schaden aller leichtfertig verspielt.

Die spanische Regierung zeigte sich nach Erreichen des Allparteienpaktes und dem ETA-Angebot erstmals offiziell bereit, über einen "würdigen Ausgang" für die ETA-Mitglieder im Untergrund und in den Gefängnissen zu verhandeln und unter Ausschluß aller politischen Fragen. Die Kontakte in Algerien sind nach den jüngsten Anschlägen jedoch vorerst unterbrochen, während die Strategie sicherheitsstaatlicher Aufrüstung unvermindert weitergeht. Die Regierungspartei PSOE (Partido Socialista Obrero Español) brachte mit Unterstützung der rechtskonservativen Alianza Popular einen Reformentwurf ins Parlament, der u.a. die Möglichkeit von Hausdurchsuchungen ohne richterliche Genehmigung vorsieht, eine Praxis, die auch ohne gesetzliche Legitimation bei den flächendeckenden Wohnviertelrazzias in den "Schlafstätten" Madrids und Barcelonas schon geübt wurde.

So überwiegt bislang weiterhin die gewaltsame Auseinandersetzung, obwohl auch außerhalb des Baskenlandes große Teile der Bevölkerung allein in Verhandlungen eine Hoffnung auf eine Befriedung und Demokratisierung des Konfliktes sehen.